

Arnsberg 2020: Zukunft miteinander gestalten – sozial, solide, nachhaltig und fair!

SPD
FÜR ARNSBERG

Das Kommunalwahlprogramm 2014 der SPD Arnsberg



Arnsberg kann mehr. 

spd-arnsberg.de

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Sie halten das Programm der SPD Arnsberg für die Kommunalwahl 2014 in den Händen. Das von einem Programmkonvent am 03.04.2014 einstimmig beschlossene Papier macht deutlich, was die SPD in Arnsberg will und wo sie die politischen Schwerpunkte in der nächsten Legislaturperiode sieht.

Dabei sind uns die großen Herausforderungen der Zukunft Arnsbergs bewusst. Sie lassen sich nur unter intensiver Beteiligung von Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, und in einem engen Zusammenwirken der großen kommunalpolitischen Aufgabenfelder Haushalt, demografischer Wandel, Energie, Stadtentwicklung, Bildung und Inklusion positiv gestalten.

Die SPD in Arnsberg möchte mit Ihnen durch eine soziale, solide, nachhaltige und faire Politik ein starkes Arnsberg schaffen:

- Die **SPD Arnsberg** steht für finanzielle Handlungsfähigkeit durch entschlossenes und zukunftsorientiertes Wirken
- Die **SPD Arnsberg** heißt, mit bester Bildung, Ausbildung und Arbeit die richtigen Impulse für einen starken Wirtschaftsstandort zu setzen
- Die **SPD Arnsberg** bedeutet, dass in unserer Stadt niemand zurückgelassen wird
- Die SPD Arnsberg gestaltet den demografischen Wandel aktiv mit den Bürgerinnen und Bürgern

- Die **SPD Arnsberg** ist Impulsgeber und Motor für die regionale Energiewende und einen effektiven Klimaschutz
- Die **SPD Arnsberg** steht für mehr Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt
- Die **SPD Arnsberg** ist die treibende Kraft für die Interessen aller Menschen unserer Stadt.

Die SPD ist für die Zukunftsaufgaben Arnsbergs inhaltlich und personell gut aufgestellt. Um aber unsere Vorstellungen einer sozialen, soliden, nachhaltigen und fairen Zukunft für alle in Arnsberg lebenden Menschen in reale Politik umzusetzen, braucht Arnsberg jetzt dringend den politischen Wechsel und eine gestalterische Mehrheit für die SPD.

Deshalb werben wir um Ihr Vertrauen und bitten Sie, die SPD und ihre Kandidatinnen und Kandidaten bei der anstehenden Kommunalwahl mit Ihrer Stimme zu unterstützen.

Wir laden Sie ein zu Arnsberg 2020: Zukunft miteinander gestalten - sozial, solide, nachhaltig und fair! Machen Sie mit!

Herzlichst
Ihre SPD Arnsberg



Gerd Stüttgen
(Vorsitzender des SPD-Stadtverbandes Arnsberg)

1. Unser Ziel: Solide und gerecht – Finanz- und Haushaltspolitik

Die Haushaltspolitik von Bürgermeister und CDU-Ratsmehrheit hat entscheidend zur katastrophalen Haushaltslage in Arnsberg beigetragen. Die Verschuldung ist von 1999 bis 2014 auf über 350 (!) Millionen Euro gestiegen. Damit hat jeder Arnsberger fast 5.000 Euro städtische Schulden zu tragen. Einen Spitzenplatz in Südwestfalen. Die städtische Bilanz weist eine Überschuldung der Stadt auf, d.h. das gesamte Vermögen aus Schulen, Kindergärten und Straßen ist beliehen. Eine solide Haushaltsführung und ein schrittweiser Abbau des Schuldenberges sind daher

das Gebot der Stunde. Die SPD hält den von der Landesregierung aufgelegten Stärkungspakt und die entsprechenden Beschlüsse vor Ort für sinnvoll und nötig. Aber für die Entwicklung der Stadt erforderliche Investitionen müssen möglich bleiben. Auch dürfen Veränderungen im Sanierungskonzept nicht ausgeschlossen sein, sofern die entstehende Finanzlücke an anderer Stelle – etwa durch Umschichtungen - kompensiert werden kann. Eine neue Finanzpolitik muss zukunftsorientiert und nachhaltig sein.

Was hat die SPD Arnsberg getan?

- *Vorschlag zur Einrichtung einer interfraktionellen Kommission für Sparvorschläge und zur Erstellung eines Schuldenbegrenzungs- und abbauplans*
- *Kritische Hinterfragung der spekulativen Derivatgeschäfte der Stadt (als einzige Partei!)*
- *Vorschläge zur Einnahmeverbesserung (zuletzt Vergnügungssteuer)*
- *Anfrage zur Situation der Sparkasse in Folge der Krise der WestLB*
- *Resolution „Vermögenssteuer jetzt“*
- *Antrag „Darstellung der Erträge der Energiewende“*
- *Ablehnung des NRW-Tages wegen fehlendem Finanzkonzept*

Dafür steht die SPD in Arnsberg:

- **Freiwillige Leistungen.** Grundsätzlich wird es mit der SPD keine Kürzungen oder Streichungen im Bereich der freiwilligen Leistungen geben. Mit uns wird es keine Kürzung in der Jugendarbeit, in der Bildung oder bei der Unterstützung der Vereine (z.B. Schützenvereine, Sportvereine) geben.
- **Ziele im Haushalt klarer definieren.** Der Haushaltsplan muss für die Bürgerinnen und Bürger, etwa in Form eines Bürgerhaushalts transparenter werden.
- **Keine weiteren Leuchtturmprojekte** nur um des Prestiges willen. Alle Ausgaben müssen nachhaltige Ergebnisse zeitigen.
- **Maßnahmen mit Laufzeitangabe.** Maßnahmen werden zeitlich mit einer exakten Laufzeit versehen (z.B. Einnahmeverbesserungen in bestimmten Bereichen mit genau kalkulierbarem Ertrag und entsprechender Investitionssumme/Schuldenabbau bzw. vorzeitige Befreiung aus dem Nothaushalt).
- **Ganzheitliches Konzept von Nutzungsänderungen für städtische Immobilien.** Es hat in der

Vergangenheit Nutzungsänderungen in städtischen Immobilien gegeben. Das wird auch künftig der Fall sein. Für derartige Veränderungen bedarf es eines vorausschauenden, ganzheitlichen und vor allem transparenten Konzepts. Dieses muss auch Folgekosten und Nachnutzung möglicherweise aufzugeben der Gebäude beinhalten. Mit einem intelligenten und nachvollziehbaren Konzept können die Belastungen für die städtischen Haushalte und damit für unsere Bürgerinnen und Bürger reduziert werden.

- **Umgang mit zusätzlichen Einnahmen.** Zusätzliche Einnahmen sollten vorrangig in den Schuldenabbau und in nachhaltige Investitionen in die Zukunft unserer Stadt fließen. Dabei kommt den Investitionen in die Köpfe eine besondere Bedeutung zu.
- **Interkommunale Zusammenarbeit nutzen.** Viele Aufgaben können Kommunen günstiger gemeinsam erledigen. Daher ist die interkommunale Zusammenarbeit zur Nutzung von Synergieeffekten und der Entlastung der kommunalen Kassen zu stärken.

2. Unser Ziel: Beste Bildung – von 0 bis 100+

Die Verwirklichung des Ziels „Beste Bildung“ hat für die Arnsberger SPD höchste Priorität. In Übereinstimmung mit der Landespolitik sind Grundsätze wie: Längeres gemeinsames Lernen, kurze Beine - kurze Wege und eine am Wohl des Kindes orientierte Umsetzung der schulischen Inklusion von großer Bedeutung. Aber mit Blick auch auf den demografischen Wandel und eine älter werdende Gesellschaft ist das Ziel des lebensbegleitenden Lernens („von 0-100+“) eine wichtige kommunale Aufgabe.

Was hat die SPD Arnsberg getan?

- *Veranstaltung und Anträge zum Sekundarschulbereich zielten zunächst auf Gemeinschaftsschulen ab. Nach dem NRW-Schulkompromiss Unterstützung der Schaffung von Sekundarschulen*
- *Antrag zur Einführung von Laptopklassen*
- *Antrag „Schulsozialarbeit muss fortgeführt werden“*
- *Antrag zur Förderung des Schwimmunterrichts*
- *Antrag auf Bildung eines Inklusionsbeirates*
- *Anträge zur sozialen Staffelung von Beiträgen zu Kindertagesstätten und Offenen Ganztagschulen*
- *Antrag zur Gebührenbefreiung von Geschwisterkindern bei Kitas*
- *Welche Folgen hat Kinderbildungsgesetz für Arnsberg?*
- *Antrag „Jedes Grundschulkind ein Schwimmer“*

Dafür steht die SPD in Arnsberg:

- **Sekundarschulen fortentwickeln.** Nicht zuletzt durch die SPD wurde längeres gemeinsames Lernen zu einem kommunalpolitischen Thema. Die Gründung von Sekundarschulen im Stadtgebiet ist ein wichtiges Ergebnis. Auf diesem Weg gilt es weiter zu gehen und die Sekundarschulen zu Vorbildeinrichtungen auch hinsichtlich der Klassengröße, Lernformen und Ausstattung zu machen. Klassenräume werden dabei zu Lerninseln auf einer Etage auf Basis moderner Pädagogik mit neuen Werkstatt-, Gruppen- und Beratungsfunktionen. Selbstverständlich dürfen die anderen Schulformen hinsichtlich der Personal- und Sachmittelausstattung nicht vernachlässigt werden.
- **Kurze Beine - kurze Wege** sind auch für die Arnsberger SPD ein wichtiger Grundsatz. Die Grundschullandschaft ist zurzeit vom demografischen Wandel besonders betroffen. Dabei ist die Erhaltung der Wohnungsnähe etwa durch Schulverbünde für uns wichtig. Veränderungen gerade in diesem sensiblen Bereich erfordern größtmögliche Transparenz und die frühzeitige Einbeziehung der lokalen Beteiligten in den Diskussionsprozess.
- **Schulsozialarbeit** ist auszubauen, weil Schule auch eine soziale Verpflichtung hat und mehr ist als reine Wissensvermittlung. Die Bemühungen müssen fortgesetzt werden, bei den Berechtigten des Bildungs- und Teilhabegesetzes für die Inanspruchnahme zu werben.
- **Außerschulische Lernorte** sind vorzubereiten und Lernortskooperationen zur Vorbereitung der Übergänge von Schule und Beruf, z.B. wie Pro Berufsorientierung (ProBe), sind einzurichten.
- **Ganztagschulen** spielen eine immer wichtigere Rolle. Diesen Trend gilt es auszubauen. Wir setzen uns ein für eine weitere Quali-

tätsverbesserung in der Offenen Ganztagschule.

- **Individuelle Förderung** ist schon bei der frühkindlichen Bildung und in allen Schulformen nötig. Die SPD fordert ihre Verbesserung in allen Schulen. Dies setzt eine entsprechende Finanzierung voraus.
- **Lebensbegleitendes Lernen** wird bei einer älter werdenden Gesellschaft immer wichtiger. Mit der Gründung einer gemeinsamen Volkshochschule Arnsberg-Sundern wurde eine wichtige Entscheidung getroffen. Angebote lebensbegleitenden Lernens wie die Seniorenakademie Arnsberg (SENAKA) und die Akademie von 0-99 sind zu unterstützen. Das Sauerlandkolleg gilt es weiter auszubauen.
- **Verbindung von Beruf und akademischer Bildung** ist eine Chance für Arnsberg. Die SPD in Arnsberg will Angebote für duale Studiengänge oder vor Ort angebotene Fachhochschulstudiengänge ausbauen. Fachkräfte können so am Ort gehalten werden. Der Ausbau derartiger Angebote ist zu unterstützen.
- **Schulische Inklusion** muss vor Ort umgesetzt werden. Arnsberg ist die Stadt mit der höchsten Zahl von Förderschülern im Hochsauerlandkreis. Die Inklusion muss entschlossen, aber auch mit Bedacht etwa bei der Veränderung im Bereich der Förderschullandschaft erfolgen. Dabei muss das Wohl der Kinder im Vordergrund stehen. Bei der konkreten Umsetzung müssen Eltern und Interessenvertreter ein starkes Mitspracherecht erhalten zum Beispiel in Form eines Inklusionsbeirates.
- **Internationale Jugendbegegnungen** tragen zur Völkerverständigung und zur europäischen Integration bei. Wir stehen dabei für eine Intensivierung dieser Arbeit, etwa durch die Wiederbelebung des Eurocamps.

SPD
FÜR ARNSBERG

3. Unser Ziel: „Keinen Arnsberger zurücklassen“ – Soziales, Generationen und Familie

Die SPD in Arnsberg bekennt sich zum Grundsatz der vorsorgenden Sozialpolitik. Prävention ist auch für die Kommunen auf Dauer günstiger als die „Reparatur“ von Problemen. Dies gilt umso mehr für Kinder und Jugendliche, weil in diesem Bereich die Vorsorge die nachhaltigsten Ergebnisse bringt. Daher werden wir kommunale Präventions-

ketten im Sozialbereich und insbesondere im Bereich von Kindern, Jugend und Familie, ähnlich wie im Dormagener Modell, ausbauen. Sozialräume, in denen überdurchschnittlich viele Benachteiligte insbesondere Kinder und Jugendliche leben, brauchen eine besondere Förderung.

Was hat die SPD Arnsberg getan?

- *Antrag auf Einführung von Präventionsketten nach Vorbild des Dormagener Modells*
- *Antrag auf Teilnahme am Programm „Kein Kind zurücklassen“ bzw. „Vorsorge ist besser als Nachsorge“*
- *Antrag „Mehrgenerationenhaus einrichten“*
- *Antrag „Jugendrat einführen“*
- *Antrag „Mobilen Bürgerservice schaffen“*
- *Antrag zu beschleunigten Jugendgerichtsverfahren*
- *Antrag „Bündnis für Familie stärken“*
- *Verschiedene Anträge zu Arnsberg als seniorenfreundlicher Stadt*
- *Antrag zur Unterstützung für junge Familien (Babypaket, Windelsack)*
- *Verschiedene Anträge zum Themenfeld Inklusion (u.a. Forderung eines Inklusionsbeirates)*
- *Um strategisch planen zu können, wurde die Erhebung grundlegender Sozialdaten gefordert*
- *Antrag „Notinseln für Kinder einrichten“*
- *Verschiedene öffentliche Veranstaltungen etwa zu KiBiz, Inklusion, Integration, demografischer Wandel, Kinderschutz*

Dafür steht die SPD in Arnsberg:

- **Soziale Frühwarnsysteme und aufsuchende dezentrale Hilfsangebote** können dazu beitragen Probleme frühzeitig zu erkennen und ihnen zu begegnen. So sollte das „Begrüßungspaket“ bei einem persönlichen Besuch durch ausgebildete Kräfte überreicht werden, die bei Bedarf auch direkte Hilfen anbieten können.
- **Lot sen für schwierige Lebenslagen** helfen Menschen aller Altersgruppen die Unterstützung zu finden, die sie benötigen. Dies kann etwa durch „Quartierslotsen“ geschehen, die sich in ihrem Stadtteil auskennen und die dortigen Probleme kennen.
- **Kein Kind zurücklassen** ist ein Landesprogramm, dem die Stadt Arnsberg auf die Initiative der SPD beigetreten ist. Dies ist für uns ein erster Schritt hin zu einem vorsorgenden Gesamtkonzept nach dem Vorbild des „Dormagener Modells“.
- **Die Vernetzung der Akteure**, etwa aus dem Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, dem Gesundheitswesen, aus Schule und Bildungswesen, Arbeitsverwaltung, Polizei und Justiz bis hin zu Kultur und Sport ist für das Funktionieren von kommunalen Präventionsketten unerlässlich.
- **Offene Kinder- und Jugendarbeit** trägt zur Entwicklung sozialer Kompetenzen bei. Die SPD will die Arbeit der Jugendzentren und Jugendräume dauerhaft erhalten und zukunftsgerecht gestalten.
- **Mobile aufsuchende Jugendarbeit** („Streetworker“) wollen wir dort einzusetzen, wo entsprechende Angebote fehlen oder diese offensichtlich nicht wahrgenommen werden.
- **Kindertageseinrichtungen** sind grundlegende Infrastruktureinrichtungen eines jeden Ortsteils. Die SPD setzt sich dafür ein, dass diese als solche wenn irgend möglich erhalten bleiben. Die Öffnungszeiten müssen bedarfsgerecht sein. Die infolge des demografischen Wandels geringer werdende Zahl von Kindern soll nicht dazu führen, dass an dieser Stelle Einsparungen erfolgen. Der „Demografiegewinn“ soll vielmehr zu personell und qualitativ besser ausgestatteten Einrichtungen führen.
- **Frühkindliche Bildung** darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Daher setzt sich die SPD vehement dafür ein, dass die Beitragssätze so sozial wie möglich gestaltet werden. Langfristig ist eine Beitragsfreiheit für Kindertagesstätten anzustreben.
- **Trägervielfalt im Jugend- und Sozialbereich** ist gut für eine Stadt in der Menschen unterschiedlicher Konfessionen und Weltanschauungen leben. Die SPD möchte, dass es in diesem Bereich auch in Zukunft

ein breites Spektrum von Angeboten gibt.

- **Kinder und Jugendliche politisch beteiligen.** Wenn wir Abwanderung begrenzen wollen, muss die Stadt attraktiv für die junge Generation sein. Daher sollen Kinder und Jugendliche ihre Interessen etwa in einem Jugendparlament, in projektorientierten Workshops oder Dorf- und Stadtteilkonferenzen formulieren können.
- **Zukunftsorientierte Generationenpolitik** ist angesichts des demografischen Wandels unverzichtbar. Dazu gehören unter anderem die Unterstützung neuer (intergenerationeller) Wohn-/Lebensformen und die Herstellung von Barrierefreiheit im Stadtgebiet. Innenstadtnah muss auch für kleine Alterseinkünfte bezahlbarer barrierefreier Wohnraum entstehen. Wir werden alles dafür tun, damit auch in Arnsberg in Zukunft eine qualitativ gute Pflege erhalten bleibt. Auch bedarf es generationengerechter ÖPNV-Angebote.
- **Inklusion von Menschen mit Behinderungen** ist nicht nur Sache der Schulen, sondern ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Selbsthilfegruppen und Organisationen sind in diesen Prozess einzubinden und zu beteiligen. Darüber hinaus sind die Bevölkerung, die gesellschaftlichen Gruppen und Vereine für das Thema zu sensibilisieren, damit diese ihre Strukturen an die Anforderungen einer inklusiven Gesellschaft besser anpassen können.
- **Gesundheitsversorgung** muss wohnortnah und leistungsfähig sein, da sie ein zentraler Standortfaktor sowohl für die Gesamtstadt wie für die Stadtteile ist. Mit dem Klinikum Arnsberg hat die Politik im Konsens dazu einen wichtigen Beitrag geleistet. Die Arnsberger SPD fordert den Erhalt aller drei Standorte. Sie unterstützt die Bestrebungen, das Klinikum durch Spezialisierung und ein hohes ärztliches und pflegerisches Niveau zukunftssicher zu machen. Diese Ziele müssen unter Beachtung der Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und des Patientenwohls durchgeführt werden.
- **Rollendes Rathaus** oder Hausbesuche durch einen mobilen Bürgerservice sind ein Projekt bei dem regelmäßig in allen Ortsteilen die Bürgerinnen und Bürger ihre Anträge und Anliegen, ähnlich der Stadtbüros, wohnortnah auf den Weg bringen können.
- **Verbraucherschutz** ist nötiger denn je. Daher bekennt sich die SPD zur Arnsberger Verbraucherschutzzentrale.

4. Unser Ziel: Impulse für eine faire regionale Energiewende und einen effektiven Klimaschutz

Für die Arnsberger SPD sind der Erhalt und der Schutz einer natürlichen Umwelt ein zentrales Anliegen.

Dies gilt auch für die Gestaltung einer nachhaltigen, bezahlbaren und zukunftsorientierten, an den Bedürfnissen der Stadt und ihren Menschen orientierten Energiewende vor Ort. Diese ist wesentlich mehr als eine Facette des Klimaschutzes. Der nachhaltige Umbau der Infrastruktur zu ressourcenschonendem Rohstoffeinsatz durch Verwendung erneuerbarer Energieträger wie Wind, Sonne, Biomasse und Erdwärme in Wirtschaft und Gewerbe, Gebäuden und im Verkehrsnetz ist sowohl ökonomisch wie auch ökologisch das Gebot der Stunde. Die Stadt Arnsberg muss mit

gutem Beispiel vorangehen und dadurch Handel und Gewerbe zur Nachahmung inspirieren. Erträge dieses politisch-gesellschaftlichen Handelns sind nicht nur nachhaltiger finanzieller Art sondern kommen den Bürgern auch in Lebens-, Erholungs- und Aufenthaltsqualität einer attraktiven Stadt zu Gute.

Natürlich kann die Arnsberger SPD nur lokal handeln. Aber ihr ist bewusst, dass wir eine globale Verantwortung tragen. Daher setzt sie sich etwa für fairen Handel ein.

Ganz entscheidend ist es die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig zu beteiligen und Entscheidungen transparent zu gestalten.

Was hat die SPD Arnsberg getan?

- *Antrag zu energiepolitischen Planungen mit Blick auf städtische Liegenschaften und Straßenbeleuchtungsanlagen*
- *Unsere Forderung nach Einführung einer Baumschutzsatzung scheiterte an der schwarz-grünen Mehrheit*
- *Antrag zur Entwicklung eines Maßnahmenkatalogs zur Erhöhung der Biodiversität*
- *Antrag „Windturbine auf dem Rathausdach als Bekenntnis zur Nutzung regenerativer Energien“*
- *CO₂-Marathon als kostengünstige Mitmachaktion zur CO₂-Einsparung wurde gefordert*
- *Unser Antrag zur Schaffung eines Bürgerwaldes wurde in veränderter Form realisiert*
- *Einführung einer freiwilligen Biotonne (Antrag)*
- *Arnsberg als Fair Trade Town wird auf unseren Antrag hin umgesetzt*

Dafür steht die SPD in Arnsberg:

- **Energieberatung ist Wirtschaftsförderung.** Die Wirtschaftsförderung Arnsberg muss die heimischen Betriebe bei der Wertschöpfung durch die sog. „Green Economy“ unterstützen.
- **ÖPNV ist Umwelt- und Klimaschutz.** Auch aus ökologischer Sicht ist der Ausbau und Erhalt des ÖPNV notwendig.
- **Bürgerinnen und Bürger bei der Energiewende einbeziehen.** Die Zukunft der Energiewende entscheidet sich vor Ort und hängt von der Akzeptanz in der Bevölkerung ab. Daher regt die Arnsberger SPD eine kontinuierliche Bürgerbeteiligung („Arnsberger Energie-Dialog“) an.
- **Stadt als Vorbild.** Die Stadt selbst soll bei der Umsetzung der Energiewende mit gutem Beispiel voran gehen (energetische Gebäudesanierung, kommunale Plusenergiegebäude, Nutzung regenerativer Energien und „echten“ Ökostroms, klimaschonende Fahrzeugflotte).
- **Produktion regenerativer Energie vor Ort.** Die Stadtwerke sollen auch die Produktion regenerativer Energien weiter vorantreiben und etwa durch Genossenschaften (Bürgerwind-, Bürgersolarpark) auch die Bürger daran beteiligen.
- **Nahwärmepotentiale ausnutzen.** Die von Firmen erzeugte und nicht genutzte Wärme kann durch Nahwärme für Privathaushalte, andere Firmen oder öffentliche Einrichtungen nutzbar gemacht werden. Die Politik kann die Rahmenbedingungen für die Umsetzung durch die Stadtwerken schaffen.
- **Kein Fracking in Arnsberg.** Die Arnsberger SPD ist wegen der völlig unklaren Risiken eindeutig gegen Fracking.
- **Waldhauptstadt Arnsberg.** Den Anspruch Kompetenzzentrum für Holz und Wald von NRW zu sein, muss Arnsberg weiter in die Realität umsetzen. Dazu können nach Meinung der SPD die Einrichtung eines Holzforschungszentrums und die Gründung einer Hochschule für Biomassenenergie und Holzbautechnik wichtige Bausteine sein.

5. Unser Ziel: Eine bürgerorientierte Stadtentwicklung

Arnsberg besteht aus vielen unterschiedlichen, aber für sich attraktiven Stadtteilen und Dörfern. Eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung muss nicht zuletzt den demografischen Wandel mit einer älter werdenden und sinkenden heimischen Bevölkerung mit steigendem Zuzug jüngerer, auch im Ausland ausgebildeter Menschen gestalten. Zur Stadtentwicklung gehört auch eine moderne und ökologische Verkehrsinfrastruktur. Insgesamt müssen sich die Bürger in ihrer Stadt wohl und sicher fühlen. Es gilt, ein weltoffenes, gesamtstädtisches Bewusstsein zu fördern und andererseits die Individualität der Stadtteile und Dörfer zu erhalten.

Was hat die SPD Arnsberg getan?

- *Antrag, Dorfentwicklung als strategisches Ziel in die Haushaltsplanungen 2014/15 aufnehmen*
- *Antrag „Jugenddorfkonzferenzen können helfen die Wünsche der jungen Menschen zu erfahren“*
- *Als Ansprechpartner der Verwaltung fordern wir einen in der Verwaltung angesiedelten Dorfmanager*
- *Die SPD hat die Einrichtung von Bücher- und Giveboxen angeregt*
- *Die SPD hat gefordert, das Stadtbild mit einfachen Mitteln freundlicher zu gestalten*
- *Urbane Gärten in den größeren Ortsteilen verschönern das Stadtbild (Antrag)*
- *Antrag auf Prüfung zur Einrichtung eines kommunalen Ordnungsdienstes*
- *Indoorspielplatz im alten Hallenbad in Arnsberg (Antrag)*
- *Antrag zur Verteilung von Mitteln für das Quartiersmanagement Moosfelde*

Dafür steht die SPD in Arnsberg:

- **Stärken der Dörfer erhalten.** Der demografische Wandel macht auch vor ihnen nicht halt. Die Stadt muss dabei helfen, dass ältere Menschen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung leben können. Für junge Menschen müssen die Dörfer attraktiver werden, damit diese nicht ausbluten. Auch deswegen ist es wichtig, grundlegende Infrastruktureinrichtungen zu erhalten. Bürgerschaftliches Engagement und Initiativen, etwa in Form von Nachbarschaftshilfen sind zu fördern. Dorfentwicklungsprogramme können dabei helfen, die verschiedenen Ansätze und Initiativen zu bündeln und zu systematisieren.
- **Innerörtliche Verdichtung** in Dörfern und Stadtteilen ist angesichts des demografischen Wandels für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung wichtiger als das Bauen auf der grünen Wiese.
- **Barrierefreiheit im öffentlichen Raum** und öffentlich genutzten Gebäuden ist eine kommunale Aufgabe. Dies ist nicht nur wichtig für eine inklusive Gesellschaft, sondern nutzt auch gehbehinderten älteren Menschen oder Eltern mit Kinderwagen.
- **Wohnortnahe Versorgung** mit Gütern des täglichen Bedarfs muss barrierefrei wohnortnah möglich sein. Es ist kaum zumutbar, dass man für alltägliche Waren lange Wege mit dem Auto, Zug oder Bus zurücklegen muss. Verwaltung und Wirtschaftsförderung müssen sich bemühen, eine wohnortnahe Versorgung sicher zu stellen.
- **Leerstände beseitigen.** Gewerbliche Leerstände und solche in Wohnhäusern müssen gezielt beseitigt werden. Noch besser ist es, sie gar nicht erst entstehen zu lassen. Statt Neubauten gezielte Vermittlung von älteren Immobilien (nach dem Motto: „jung kauft alt“). Wenn gar nichts mehr hilft, muss gegen „Schrottimmobilien“ vorgegangen werden.
- **Ordnungspartnerschaften.** Nur wo man sich sicher fühlt lebt man gerne. Eine helle, saubere und sichere Stadt muss daher das Ziel sein – Angsträume sind zu beseitigen. Dabei können Ordnungspartnerschaften unterschiedlichster Akteure etwa aus Polizei, Verwaltung, Vereinen und Verbänden eine wichtige Rolle spielen. Dazu gehört die Möglichkeit, gegen Verstöße wirksam vorzugehen.
- **Brandschutzbedarfsplan umsetzen.** Um die rechtzeitige Hilfe sicher zu stellen, setzt sich die Arnsberger SPD für die Umsetzung des Brandschutzbedarfsplans ein. Dazu bedarf es der nötigen finanziellen, technischen und personellen Voraussetzungen.
- **Keine Privatisierung der Wasserversorgung.** Wasser ist lebensnotwendig. Eine Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung wird es mit uns nicht geben.

6. Unser Ziel: Verkehrspolitik der Zukunft

Für eine Flächenkommune mit einer starken Wirtschaft ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur von großer Bedeutung. Noch eine absehbare Zeit ist der PKW-Verkehr wichtig, nicht zuletzt um die Dörfer an die städtischen Zentren anzubinden. Dazu bedarf es guter und sicherer Straßen. Aber darüber hinaus sollten wir perspektivisch denken und nicht zuletzt mit Blick auf den Klimaschutz den ÖPNV, den Fahrradverkehr, die Fußgänger und die Elektromobilität verstärkt in den Blick nehmen.

Was hat die SPD Arnsberg getan?

- *Die SPD hat eine Machbarkeitsstudie zur Einführung eines Bürgerbusses in Auftrag gegeben*
- *Neue Wege gehen bei der Substanzerhaltung der Straßen (Antrag)*
- *Antrag, die Belastungen der Durchgangsstraßen in den Dörfern zu verringern*
- *Förderung des Alltagsradverkehrs am Beispiel Hellefelder Straße (Antrag)*
- *Kritik an maroder Bahnsteigbedachung in Arnsberg*
- *Die SPD hat eine Resolution zum Erhalt der Zweigleisigkeit auf der Oberen Ruhrtalbahn auf den Weg gebracht*

Dafür steht die SPD in Arnsberg:

- **Straßen erhalten und erneuern.** Die vorhandenen Straßen müssen erhalten und wenn nötig instand gesetzt werden.
- **Bürgernahen ÖPNV erhalten und ausbauen.** Dabei sollte auf eine bedarfsgerechte Linienführung und Taktung abgezielt werden. Eine gute Ergänzung ist die von der SPD maßgeblich initiierte Einführung des Bürgerbussystems in Arnsberg. Wenn sich die erste Linie bewährt hat, ist an eine Ausweitung des Angebots zu denken.
- **Alltagsradverkehr.** Arnsberg hat bereits viel für die Förderung des Radverkehrs getan. Das Ziel Arnsberg zu einer fahrradfreundlichen Stadt zu machen, ist weiter zu gehen. Vor allem Straßen mit einem hohen Verkehrsaufkommen sind unbedingt mit sicheren Radwegen zu versehen. Der Ausbau von kommunalen Fahrradboxen an den Bahnhöfen kann dazu beitragen, die Attraktivität von Bahn und Fahrrad für Pendler zu erhöhen.
- **Verkehrsmittel der Zukunft.** Neue Chancen, das Fahrrad zu dem bevorzugten innerstädtischen Verkehrsmittel zu machen, bieten E-Bikes, weil sie die topografischen Nachteile der Stadt ausgleichen können. Die Stadt muss den Aufbau eines breiten Netzes von allgemein nutzbaren Ladestationen von öffentlichen und privaten Anbietern fördern. In einer fußgänger- und fahrradfreundlichen Stadt verliert das eigene Auto zunehmend an Bedeutung. Car- und E-Bike-Sharingangebote sind als Alternativen zum Auto zu unterstützen.
- **Interkommunale Zusammenarbeit beim Bahnverkehr.** Zusammen mit dem Kreis und den anderen Kommunen im HSK gilt es den Eisenbahnverkehr zu stärken. Dies gilt auch für die Reaktivierung der Röhrtalbahn. Ein eingleisiger Tunnelausbau auf der oberen Ruhrtalbahn ist abzulehnen. Vielmehr ist eine Elektrifizierung der Strecke nötig.

7. Unser Ziel: Eine starke Wirtschaft und gute Arbeit für Arnsberg

Arnsberg hat eine starke mittelständische Wirtschaft in und um unterschiedliche aber gleichberechtigte Zentren im Ruhrtal. Wir müssen alles tun, damit die Unternehmen die besten Voraussetzungen für weitere Investitionen bei uns finden. Eine Voraussetzung sind gut ausgebildete und hoch motivierte Arbeitskräfte. Daher sind für die Arnsberger SPD gute Arbeit und starke Wirtschaft keine Gegensätze, sondern bedingen einander.

Dafür steht die SPD in Arnsberg:

- **Die Stadt muss als Arbeitgeber Vorbild sein.** Die Stadt und die abhängigen Gesellschaften müssen als Arbeitgeber vorbildlich sein (keine Dumpinglöhne, Tariftreue beachten, keine Werkverträge usw.). Die SPD setzt sich dafür ein, dass der tariflose Zustand beim NASS und den Stadtwerken beendet wird. Diese Grundsätze sind von der Stadt auch bei Auftragsvergaben zu beachten. Für die Verwaltung und die städtischen Gesellschaften ist ein Personalkonzept zu entwickeln. Dies ist auch nötig, um frühestmöglich Arbeitsverdichtungen und -überlastungen auffangen zu können.
- **Langzeitarbeitslose dauerhaft eingliedern.** Der Hochsauerlandkreis hat zwar seine Eingliederungszahlen für Langzeitarbeitslose gesteigert, aber viele waren nach sechs Monaten wieder arbeitslos. Es scheint also so etwas wie einen Drehtüreffekt zu geben. Es muss nach Wegen gesucht werden, um Arbeitslosen vermehrt eine längerfristige Beschäftigung zu vermitteln. Wir wollen eine

Was hat die SPD Arnsberg getan?

- *Antrag, die MARKE ARNSBERG als Dachmarke durch ein professionelles Stadtmanagement zu entwickeln und zu institutionalisieren*
- *Kein Factory-Outlet Center in Werl (Unterstützung der Aktionen)*
- *Einführung von Wohnmobilstellplätzen (Antrag)*
- *Umstellung für Zahlungen an Stadtwerke und städtische Gebühren auf monatlichen Rhythmus (Antrag)*

Qualifizierungsoffensive für langzeitarbeitslose Menschen durch Kammern und andere Träger. Sollte dies gelingen, würden dies auch die kommunalen Kosten für die Unterkunft verringern.

- **Sozialer und gemeinnütziger Arbeitsmarkt.** Trotz der insgesamt erfreulichen Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre wird es immer Menschen geben, die auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht unterkommen können. Für diese gilt es einen sozialen Arbeitsmarkt mit sozialversicherungsrechtlichen Beschäftigungsverhältnissen, etwa in gemeinnützigen Bereichen, zu schaffen. Davon würden die Arbeitslosen ebenso wie die Stadt insgesamt profitieren.

- **Zukunftsbranchen fördern.** Im Bereich des produzierenden Gewerbes ist Arnsberg traditionell stark. Um den Anschluss nicht zu verlieren, ist es nötig, netz- und wissensbasierte Zukunftsbranchen und die Kreativwirtschaft zu fördern.

- **Lokal orientierte Netzpolitik.** Ein guter und schneller Zugang zum Internet ist für die wirtschaftliche Entwicklung ein entscheidender Faktor. Im gesamten Stadtgebiet ist eine flächendeckende Breitbandversorgung sicher zu stellen. Arnsberg braucht eine lokal orientierte Netzpolitik.

- **E-Government und Datenschutz müssen ausgebaut werden.** Zur Bürgerbeteiligung und zur Arbeit der Verwaltung sind verstärkt die Möglichkeiten von Internet, Social Media und E-Government zu nutzen. Angesichts des NSA-Skandals ist eine möglichst große Datensicherheit zu gewährleisten.

- **Gesamtstädtisches Tourismus- und Vermarktungskonzept.** Es ist notwendig, ein gesamtstädtisches Vermarktungs- und Tourismuskonzept zu erarbeiten. Es gibt verschiedene Verkehrs- oder Gewerbevereine, die sich jeweils um einen bestimmten Stadtteil kümmern. Mit Blick auf die Bedeutung des Tourismus als Wirtschaftsfaktor und der Notwendigkeit mit anderen Kommunen zu konkurrieren, reichen diese Insellösungen nicht aus. Die lokalen Initiativen müssen gebündelt und um eine gesamtstädtische Perspektive erweitert werden. Konkret fordern wir, ein Stadtmanagement zur Erarbeitung und Etablierung der MARKE ARNSBERG als Dachmarke für ein gesamtstädt-

tisches Marketing einzurichten. Diese Einrichtung ist mit einem eigenen Budget auszustatten. Die Mittel dafür könnten ohne zusätzliche Belastung des Haushalts aus dem Etat der WFA genommen werden. Dort könnte ein Stadtmanagement zunächst auch organisatorisch angebunden werden.

- **Moderne Formen des Tourismus fördern.** Arnsberg hat großes Potential als Naherholungsziel. Um diese Chancen zu nutzen müssen auch neue Tourismusformen aktiv gefördert werden. Der Wohnmobiltourismus etwa ist ein Zukunftsmarkt. Auch auf Betreiben der SPD sind mehrere Wohnmobilstellplätze eingerichtet worden. Diese sind attraktiver zu gestalten. Auch um ausländische Touristen ist mit einem entsprechenden Informationsangebot zu werben.

- **Behördenstandort sichern.** Behörden und Gerichte sind neben der Industrie ein zentraler Beschäftigungssektor in Arnsberg. Die SPD hat sich in der Vergangenheit energisch gegen eine Schwächung des Behörden- und Gerichtsstandorts Arnsberg und für den Erhalt der Bezirksregierung eingesetzt und wird das auch in Zukunft tun. Der Regionalverband Ruhr darf nicht auf Kosten der Bezirksregierung Arnsberg gestärkt werden.

- **Gewerbeflächen** sind die Grundlage um neue Betriebe anzusiedeln oder bestehenden eine Erweiterung zu ermöglichen. Bestehende, gering ausgelastete Flächen sind besser zu vermarkten.

- **Netzwerke bilden.** Die Förderung von Netzwerken und Clustern hilft unseren mittelständischen Unternehmern, ihre Ideen und Innovationen noch besser umsetzen zu können. Beispiele wie das Lichtforum NRW oder das Cluster Holz können Vorbilder auch für andere Branchen sein. Auch die Kommunen selber tun gut daran, etwa beim Ausbau der Breitbandversorgung oder bei Projekten der Energiewende, Netzwerke zu bilden.

The logo of the SPD (Social Democratic Party of Germany) is displayed in white capital letters on a red rectangular background.

FÜR ARNSBERG

8. Unser Ziel: Sport und Kultur für alle Arnsberger

Gute Sport- und Kulturangebote sind für die Lebensqualität vor Ort von großer Bedeutung. Als „weiche Faktoren“ werden diese angesichts des demografischen Wandels immer wichtiger, um Abwanderung zu begrenzen und Zuwanderung zu verstärken. Allerdings sind Kultur und Sport als „freiwillige Leistungen“ in Zeiten leerer Kassen von Kürzungen bedroht. Ein Kahlschlag in diesen Bereichen und eine Zerstörung bewährter Strukturen wird es mit der SPD nicht geben. Es muss ermöglicht werden, dass alle Bürgerinnen und Bürger das Kultur- und Sportangebot nutzen können.

Was hat die SPD Arnsberg getan?

- *Langjährige Bemühungen um eine Landesgartenschau in Arnsberg*
- *Einsatz für die Kreismusikschule und das Museums- und Kulturforum in Arnsberg*
- *Gedenktafel für den der Hexerei beschuldigten Henneke von Essen (Antrag)*
- *Stolpersteine und Tafeln für Verfolgte der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft (Antrag)*
- *Einführung von DigiBib wurde auf unseren Antrag realisiert*
- *Positionierung in Hinblick auf die Fusion der VHS Arnsberg mit Sundern (Antrag)*
- *Positives Votum zur Erweiterung des Sauerlandmuseums*
- *Unterstützung für JeKi – „Jedem Kind ein Instrument“*
- *Kulturplanung einführen (Antrag)*

Dafür steht die SPD in Arnsberg:

- **Kulturplan erstellen.** Auf Basis einer Bestandsaufnahme der zahlreichen Initiativen, Vereine und Gruppierungen sollen Perspektiven und Projekte für eine zukünftige Kulturarbeit entwickelt werden.

- **Vernetzung von Sportvereinen und Schulen.** Angesichts der wachsenden Zahl von Ganztagschulen bleibt den Kindern immer weniger Zeit für den Vereinssport. Es wäre auch für die Nachwuchsgewinnung wichtig, dass die Sportvereine in das Angebot der Ganztagschulen integriert werden.

- **Inklusion im Kultur- und Sportbereich.** Auch der Kultur- und Sportbereich muss das Seine zur Inklusion beitragen. Menschen mit Einschränkungen müssen die Angebote nutzen können.

- **Kultur der Generationen.** Es gilt, den Bildungs-, Sport- und Kulturbereich fit zu machen für den demografischen Wandel. Die älter werdende Gesellschaft muss bei den zukünftigen Planungen berücksichtigt werden.

- **Jugendkultur fördern.** Um die Stadt für jüngere Menschen attraktiver zu machen, ist die Jugendkultur stärker als bisher zu fördern.

- **Sporteinrichtungen und Freibäder erhalten.** Wo diese gefährdet sind, gilt es gemeinsam nach neuen und umsetzbaren Ideen zu suchen.

- **Stadtbüchereien weiterentwickeln.** Die Einrichtungen müssen für alle zugänglich an zentralen Standorten angesiedelt sein, Angebote für alle Altersgruppen und genügend Raum etwa für lesepädagogische Angebote bieten.

Durch weiteren Ausbau des Angebots an digitalen Medien und Netzangeboten müssen die Einrichtungen zukunftssicher werden.

9. Unser Ziel: Ein buntes Arnsberg – Miteinander der Kulturen

Arnsberg ist Heimat von Zuwanderern aus über hundert Nationen. Die Stadt wird durch die vielen Kulturen bereichert. Es ist abzusehen, dass es gerade mit Blick auf den demografischen Wandel vermehrt Zuwanderung geben wird. Deshalb bleibt die Integration von Migrantinnen und Migranten eine zentrale Aufgabe sowohl für die Mehrheitsgesellschaft wie für die Zuwanderer selbst.

Wichtig ist es, die gleichberechtigte Teilhabe der Migranten/-innen zu fördern. Vereine, Projekte und Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern mit Zuwanderungsgeschichte müssen unterstützt werden. Insbesondere ihre aktive Teilhabe an kommunalpolitischen Diskussionen und Entscheidungen gilt es auszubauen. Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Kommune herkunftssprachlichen Unterricht im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt.

Die SPD setzt sich auf Bundes- und Landesebene für ein kommunales Wahlrecht für

Bürgerinnen und Bürger mit Zuwanderungsgeschichte ein. Vor Ort wollen wir die Arbeit des Integrationsrats fördern und seine Anregungen in den politischen Meinungsbildungsprozess einbringen.

Was hat die SPD Arnsberg getan?

- *Unser Antrag auf Einrichtung eines Integrationsrates war erfolgreich*
- *Veranstaltung zum Thema Politik und Integration*

SPD

FÜR ARNSBERG



spd-arnsberg.de

10. Unser Ziel: „Mutbürger statt Wutbürger“ – Ehrenamt und Bürgerbeteiligung

Arnsberg verfügt über eine breite Kultur des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements. In vielen Bereichen ist bürgerschaftliches Engagement heute für eine funktionierende städtische Gesellschaft unverzichtbar. Es reicht von Vereinen der Brauchtumpflege, über Sport-, Musik- und Kulturvereine bis hin zu Hilfsorganisationen und Selbsthilfegruppen verschiedenster Art. Für die SPD ist es daher besonders wichtig, dass Arnsberg auf dem Weg der Förderung des Ehrenamts und des bürgerschaftlichen Engagements weitergeht. Gleichzeitig ist sie dafür, Bürger bei möglichst vielen kommunalen Entscheidungsprozessen aktiv und frühzeitig zu beteiligen. Dabei sollen alle technischen Möglichkeiten (soziale Netzwerke, E-Government usw.) genutzt werden.

Was hat die SPD Arnsberg getan?

- *Mängel und Verstöße beim Arbeitsschutz bei Einrichtungen der Feuerwehr abbauen (Antrag)*
- *Anerkennung für Jugendfeuerwehrleute (Antrag)*
- *Stadt als Vorbild: Erhöhung der Zahl aktiver Feuerwehrleute (Unterstützung des Vorschlages)*

Dafür steht die SPD in Arnsberg:

- **Kommunale Engagementförderung** ist weiter zu führen und auszubauen.
- **Rettungs- und Katastrophenschutzorganisationen unterstützen.** Die Arnsberger Feuerwehr, aber auch andere Rettungs- und Katastrophenschutzorganisationen, bestehen überwiegend aus ehrenamtlichen Kräften, deren Arbeit nicht genug wertgeschätzt werden kann. Die Organisationen haben aber teilweise Nachwuchssorgen. Wo irgend möglich muss die Stadt ihre Jugendarbeit unterstützen. Die Stadt ist aufgefordert mit gutem Beispiel voranzugehen und unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dafür zu werben, in diesen Bereichen aktiv zu werden. Auch bei der Einstellung ist ehrenamtliches Engagement gerade in diesem Bereich zu berücksichtigen.
- **Vereine als Träger von Sportstätten nicht überfordern.** Angesichts der Haushaltslage ist die Stadt nicht mehr in der Lage, alle Aufgaben mit eigenem Personal und allein auf eigene Kosten zu erledigen. Viele Einrichtungen – etwa die meisten Sportanlagen – werden mittlerweile von Vereinen getragen. Diese dürfen dabei aber nicht überfordert werden.
- **Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement vor der Haustür.** Auch im Kleinen gilt: Vieles, was wünschenswert ist, kann von der Kommune nicht geleistet werden. Die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger in ihrem unmittelbaren Umfeld (z.B. als Paten für den Baum oder das Blumenbeet vor der Haustür) Verantwortung zu übernehmen, muss gefördert werden.
- **Ehrenamt braucht Anerkennung,** weil dies die öffentliche Wertschätzung unentgeltlichen Engagements für andere deutlich macht. So ist an der Bürgermedaille für besondere Leistungen festzuhalten. Die Kommune muss dazu beitragen, dass die Ehrenamtskarte auf möglichst viele attraktive Angebote ausgedehnt wird. Außerdem werden wir einen über Sponsoren finanzierten Wellness-Tag für pflegende Angehörige einführen.
- **Bürgerbeteiligung ausbauen.** Die Stadt hat in den letzten Jahren bei größeren Bauprojekten die Bürgerinnen und Bürger durch Workshops oder in anderer Weise eingebunden. Dadurch sind nicht selten die Vorlagen der Verwaltung modifiziert und verbessert worden. Gleichzeitig erhöht ein solches Vorgehen die Akzeptanz von Entscheidungen in der Bevölkerung. Für eine möglichst umfassende Bürgerbeteiligung wird sich die SPD mit Nachdruck einsetzen.